

**Statement von
Herrn Minister Franz Untersteller
anlässlich der Infokommission Philippsburg
am 27. April 2016**

Bericht zu den aktuellen Ereignissen in KKP 2

Gliederung

1. Einleitung
2. Auslöser
3. aktueller Stand
4. Modernisierung Meldeverordnung
5. Schluss

- Es gilt das gesprochene Wort -

1. Einleitung

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schnaudigel,
sehr geehrter Herr Landrat Dr. Brechtel,
verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete aus dem
baden-württembergischen Landtag,
sehr geehrte Herren Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Bürgermeisterinnen und
Bürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder der Informationskommission,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, dass ich heute hier bei der Infokommission
Aktuelles zur Endlagersuche und der Arbeit der sogenann-
ten Endlagerkommission berichten darf.

Lassen Sie mich aber zunächst noch ein paar Worte zu den
aktuellen Ereignissen im KKP 2 sagen.

2. Auslöser

Wie Sie bereits wissen, sind in diesem Monat im KKP 2 **schwerwiegende Verfehlungen bei sicherheitsrelevanten Prüfungen** bekannt geworden.

Der Betreiber hat im Rahmen von Untersuchungen zu einem Meldepflichtigen Ereignis festgestellt, dass eine sogenannte **Wiederkehrende Prüfung** an einem Störfallmonitor zwar in einem ordentlich ausgefüllten Prüfprotokoll **dokumentiert**, tatsächlich aber gar **nicht durchgeführt** wurde.

Nachdem die **Atomaufsicht** in meinem Hause hiervon erfahren hat, hat sie **umgehend weitere Überprüfungen** angeordnet.

Stand heute gab es in Philippsburg insgesamt **neun** solche **Täuschungen** mit tatsächlich nicht durchgeführten Prüfungen.

Laut dem Betreiber hat die nachträgliche Überprüfung aber gezeigt, dass die **Funktion** aller Messeinrichtungen trotz der fehlenden Prüfungen **jederzeit gegeben** war.

Neben diesen neun Fällen hat die EnBW **weitere 15 Fälle** entdeckt, in denen Prüfprotokolle fehlerhaft waren beziehungsweise sogar umdatiert wurden.

In fünf Fällen wurde eine erst nach dem vorgeschriebenen Termin durchgeführte Prüfung rückdatiert.

Alle Prüfungen wurden laut EnBW aber durchgeführt.

Verwickelt in diese Täuschungen sind nach jetzigem Erkenntnisstand **drei Mitarbeiter**.

Um sicherzugehen, dass es in anderen Anlagen nicht ähnliche Fälle gegeben hat, hat die EnBW die Überprüfungen auch auf das **Kernkraftwerk in Neckarwestheim** ausgeweitet.

Bislang liegen von dort **keine Hinweise auf Täuschungen** vor.

3. Anordnung der Atomaufsicht

Als Atomaufsicht können wir solche Täuschungsmanöver **nicht akzeptieren**.

Wir haben daher angeordnet, dass das KKP 2, das derzeit in turnusgemäßer Revision ist, **nicht** ohne weiteres wieder in den **regulären Betrieb** gehen kann.

Die Anlage darf erst dann wieder angefahren werden, wenn **folgende Bedingungen** erfüllt sind:

Erstens muss nachgewiesen werden, dass die jeweils letzten **Wiederkehrenden Prüfungen** der Prüflisten 1 und 2, die ohne behördlichen Sachverständigen vor Ort stattfanden, **ordnungsgemäß durchgeführt** wurden.

Andernfalls sind diese Wiederkehrenden Prüfungen zu wiederholen.

Zweitens sind Maßnahmen zu ergreifen, die das **Unterlassen** von Wiederkehrenden Prüfungen so **erschweren**, so dass künftig eine Unterlassung praktisch **ausgeschlossen** ist.

Außerdem muss die EnBW innerhalb von acht Wochen eine **Ereignisanalyse nach Stand von Wissenschaft und Technik** vorlegen, um die Ursachen und beitragende Faktoren zu analysieren.

Für die Überprüfung der Erfüllung der Anordnung haben wir Sachverständige, nämlich TÜV SÜD ET und Energiesysteme Nord (ESN), hinzugezogen.

4. Modernisierung der Meldeverordnung

Meine Damen und Herren, die Vorfälle in Philippsburg sind nach der Auffassung vieler Experten nach nationalem Recht **nicht meldepflichtig**, „menschliches Versagen“ ist hier bislang kein Kriterium.

Gemeinsam mit den zuständigen Atomaufsichtsbehörden in Bund und Ländern wollen wir deshalb die **Atomrechtliche Sicherheitsbeauftragten und Meldeverordnung, AtSMV**, in diesem wesentlichen Punkt **modernisieren**.

In einem Schreiben an die zuständige Bundesministerin Barbara Hendricks habe ich darauf gedrängt, die **Kriterien zu verschärfen**, die bei **Störfällen** und **sonstigen Ereignissen** in einer atomaren Anlage eine **Meldepflicht** an die Behörden auslösen.

Wenn jemand, wie in Biblis oder in Philippsburg Sicherheitsprüfungen vorgibt, die nie stattgefunden haben, ist das **keine interne Angelegenheit**, sondern in meinen Augen ein **schwerwiegender Verstoß** gegen die **Sicherheitsinteressen** der Bevölkerung.

Das muss meldepflichtig sein – und zwar eindeutig!